

GRAPHISCHE PRESSE

Nr 42. 31. Jahrg.

18. Oktbr. 1918

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:
Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4288. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonparillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Die nächsten Aufgaben des Reichsarbeitsamts. Rundschau. Zur Entstehung der Gewerkschaftstheorie. I. Friedensangebot und Demobilisation. Neue Wege zur Verbilligung der Produktion. — **Allgemeines:** Nach dem Kriege. Ausgaben im Arbeiterhaushalt. — **Anzeigen.**

Die nächsten Aufgaben des Reichsarbeitsamts.

Wer die wirkliche Bedeutung der augenblicklichen politischen Änderungen in der deutschen Reichsregierung für die Arbeiterschaft erfassen will, der tut am besten, wenn er in diesen Tagen einen Blick in die großen Unternehmerrzeitungen hineinut. An den heiseren Wutausbrüchen und den schmerz erfüllten Klageklängen dieser herrschgewohnten Klasse läßt sich die Wirkung der innerpolitischen Wandlungen, läßt sich der Machtzuwachs der Arbeiter mit Händen greifen. Wie wenig auch die Arbeiterschaft gesonnen ist, mit der Übernahme der Regierungsverantwortung den kapitalistisch interessierten Kreisen Gefälligkeiten zu erweisen, daß zeigt uns überzeugend der Genosse *Wissel* in einem Artikel, den er unter dem obenstehenden Titel im »Vorwärts« veröffentlichte. Für die Gewerkschaften ist die Wichtigkeit des neugeschaffenen Reichsarbeitsamts hier recht einleuchtend dargestellt.

»Seit langem ist es das Verlangen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, zur Behandlung all der auf dem weiten Gebiet der Sozialpolitik auftauchenden Fragen eine besondere Zentralstelle im Deutschen Reiche zu schaffen, die als ein selbstständiges Amt diese Fragen zu erledigen hat. Bei der letzten Teilung des Reichsamtes des Innern, die im Frühjahr dieses Jahres erfolgte, ist dieses unser Verlangen wieder in lebhafter Weise namentlich vom Genossen *David* in seiner *Etatrede* zum Ausdruck gebracht worden. Der Reichstag hat sich nicht entschließen können, diesem Verlangen zu entsprechen und hat vom Reichsamt des Innern ein besonderes Reichswirtschaftsamt losgelöst, dem auch die Behandlung der sozialpolitischen Fragen übertragen wurden. Nunmehr wird wieder dieses Reichswirtschaftsamt geteilt, so daß dem Reichswirtschaftsamt ausschließlich die rein wirtschaftlichen Fragen und dem neuen unter der Leitung des Genossen *Bauer* zu bildenden Reichsarbeitsamt die Erledigung der sozialpolitischen Fragen obliegen wird.

Die Forderungen, die wir auf sozialpolitischem Gebiet zu stellen haben, habe ich in meinem Referat an den Würzburger Parteitag niedergelegt. Die Erfüllung dieser Forderungen wird sich natürlich nicht von heute auf morgen vollziehen, vielmehr das Ergebnis der Aufgaben der weiteren Zukunft sein.

Unter den zu erledigenden Aufgaben sind jedoch manche, die unverzüglich in Angriff genommen werden müssen, und ich möchte sie im nachstehenden wie folgt in aller Kürze besprechen.

Der von der früheren Regierung im Reichstag im Frühjahr dieses Jahres vorgelegte Arbeitskammergesetzentwurf ist durch die

Schuld der früheren Regierung nicht erledigt worden. Bekanntlich haben die Gewerkschaften der verschiedensten Richtungen die erheblichsten Einwände gegen den Regierungsentwurf zu erheben gehabt, und bei den Verhandlungen über die widersprechenden Meinungen der Kommissionsmehrheit des Reichstages und der Regierung ist es noch nicht zu einem abschließenden Beschluß gekommen. Ich halte es für selbstverständlich, daß nunmehr mit dem Schwinden der alten Regierung auch der alte Gesetzentwurf erledigt ist und durch einen neuen, den Wünschen aller Gewerkschaftsgruppen entsprechenden ersetzt wird.

Auf dem Gebiet des Versicherungsrechtes wird es zunächst gelten, die als Kriegsmaßnahme vorgesehene Erhöhung der Renten durch Teuerungszuschläge unter entsprechender Erhöhung zu einem dauernden Rechtszustand zu machen. Das wird naturgemäß auch zu einer Erhöhung der Beiträge namentlich auf dem Gebiet der Invalidenversicherung führen. Es wird dabei zugleich eine Sicherung der einmal erworbenen Versicherungsansprüche zu erstreben sein. Es darf nicht mehr angehen, daß lediglich des Fehlens auch nur einer Marke wegen ein Erlöschen der erworbenen Ansprüche eintritt. Wie das Gesetz über den privaten Versicherungsvertrag nach dreijährigem Bestehen eines Versicherungsvertrages ein völliges Erlöschen aller Ansprüche ausschließt, wird auch auf dem Gebiet der Sozialversicherung Vorsorge getroffen werden müssen, daß die erworbenen Ansprüche erhalten bleiben. Auf dem Gebiet der Invalidenversicherung wird ebenso wie auf dem Gebiet der Krankenversicherung eine Erhöhung der für bestimmte Berufsgruppen vorgesehenen Versicherungsgrenze erfolgen müssen. Das Recht der freiwilligen Weiterversicherung wird für das Gebiet der Krankenversicherung unbeschränkt zuzulassen sein.

Auf dem Gebiet der Unfallversicherung ist vor allen Dingen jetzt die Beteiligung der Arbeiter an der Rentenfessigung zu erstreben; zugleich auch wird eine Erhöhung des der Rentenberechnung ungekürzt zugrunde zu legenden Jahresarbeitsverdienstes erfolgen müssen.

Bei den uns in der kommenden Zeit bevorstehenden großen und schweren Aufgaben wird eine unnötige Kompliziertheit der Versicherungseinrichtungen zu beseitigen sein. Die große Kraftverschwendung, die in einer besonderen Verwaltung und besonderen gesetzlichen Gestaltung der Angestelltenversicherung liegt, wird zu einer Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung führen müssen. Es brauchen dabei in keiner Weise die weitergehenden Rechte der Angestellten beeinträchtigt werden. Man wird im wesentlichen die Rechte der nur gegen Invalidität Versicherten denen der Angestelltenversicherung anzupassen haben. Wie das zu geschehen hat, ob etwa durch die Ermöglichung einer freiwilligen Zusatzversicherung, der naturgemäß auch der Arbeitgeber zur Beitragsleistung verpflichtet sein müßte, ist eine Frage, der reinen Gesetzestech-

nik, auf die ich in diesem Zusammenhang nicht eingehen kann.

Auf dem Gebiet der Kriegsbeschädigtenfürsorge, die zweckmäßig dem neuen Reichsarbeitsamt anzugliedern sein wird, ist vor allen Dingen ein Rechtsboden für diese Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge zu schaffen. Das Verlangen hiernach ist schon so häufig erhoben worden, die Berechtigung dieses Verlangens ist eine so auf der Hand liegende, daß sich dem niemand wird entziehen können. Endlich aber auch ist, abgesehen von der Rentenversorgung selbst, die den heutigen Verhältnissen angepaßt werden muß, ein unparteiischer Rechtsweg zu schaffen, der es nicht ausschließlich in die Hand der Militärverwaltung legt, endgültig über die wichtigsten Fragen einer Rentengewährung zu entscheiden. Es ist verschiedentlich der Vorschlag gemacht worden, einen Rechtsweg ähnlich dem auf dem Gebiet der Sozialversicherung zu schaffen. Mir will scheinen, daß das die einfachste und zweckmäßigste Lösung dieser Frage sein wird.

Die Schaffung einer reichsgesetzlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung ist ebenso dringlich, wie alle die bisher besprochenen Punkte. In welcher Weise es zu geschehen hat, ist längst durch Eingaben der Gewerkschaften und der sozialpolitisch einsichtigen Kreise festgelegt. Ich brauche an dieser Stelle hierüber nichts zu sagen.

Die Frage der Jugendfürsorge ist im »Vorwärts« in letzter Zeit besonders zum Gegenstand eingehender Erörterungen gemacht worden. Dabei ist schon zum Ausdruck gebracht, daß es sich hier um eine Frage handelt, die nur reichsgesetzlich geregelt werden kann. Eine reichsgesetzliche Regelung ist auch vom Deutschen Jugend-Fürsorgetag, der am 20. bis 21. September hier in Berlin tagte, als die einzig mögliche erklärt worden. Auch hier wird das Reichsarbeitsamt das Erforderliche veranlassen müssen. Wie es zu geschehen hat, ist in meinen verschiedenen Artikeln im »Vorwärts« erörtert worden. Ich kann auch das hier übergehen.

Dann aber wird es auch Aufgabe des Reichsarbeitsamtes sein, nun endlich dem Reichstag eine Vorlage zu unterbreiten, die den Arbeitern ein wirkliches und uneingeschränktes Koalitionsrecht sichert.

Ein dringend der Inangriffnahme bedürftiges Gebiet ist das des Arbeitsrechtes. Schon in seiner Rede vom 14. März nannte der bisherige Reichskanzler unter den Gegenständen, auf die sich die Neuorientierung zu erstrecken habe, auch das Arbeitsrecht. Es ist da die gesetzliche Regelung des Tarifvertragsrechtes zu nennen und der Arbeitsvertrag. An die Stelle der »Vertragsfreiheit«, der einzigen vor dem Kriege fast unbegrenzt geltenden Freiheit des Arbeitnehmers, ist eine Freiheit zu setzen, die auf gesetzliche Bindung der bisherigen Gewalthaber in die Normen der allgemeinen Volksmoral beruht.

Diese Punkte erscheinen mir als die in erster Linie in Angriff zu nehmenden. Wenn sie auch nicht alle relativ leicht geregelt und

gelöst werden können, so sind sie doch in den öffentlichen Diskussionen vollständig geklärt. Darum auch erheischen sie bei ihrer großen Wichtigkeit für ein möglichst ungehemmtes und reibungsloses Funktionieren unseres zukünftigen Wirtschaftslebens die sofortige Regelung.«

Rundschau.

Wie wir mit Bestimmtheit hören, scheidet Unterstaatssekretär Dr. August Müller aus dem Kriegsernährungsamt aus. An seine Stelle tritt Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, der sich schon bisher im Ernährungsbeirat des Reichstags betätigt hat. August Müller tritt als Unterstaatssekretär in das Reichswirtschaftsamt über, für das zuerst Robert Schmidt vorgesehen war. Reichstagsabgeordneter Bauer hat die Leitung des neugeschaffenen Reichsarbeitsamts als Staatssekretär übernommen. Wie das Korrespondenzblatt der Generalkommission mittelt, hat ihn die letzte Vorstandskonferenz für die Dauer seiner Reichsstellung von seiner Anstellung in der Generalkommission entbunden; der Rücktritt in die bisherige Stellung wird ihm offen gehalten. Bauer bleibt auch weiterhin Mitglied der Generalkommission und nimmt in dieser Eigenschaft an ihren Sitzungen teil. Sachlich erklärten sich sämtliche Redner in der Vorstandskonferenz damit einverstanden, daß unter den gegebenen außerordentlichen Verhältnissen die Arbeiterschaft sich dem Eintritt in die Regierung nicht entziehen könne.

»**Adreßbuch 1919 der Kalender und Jahrbücher.**« In die Reihe der fachlichen Adressenverzeichnisse tritt das demnächst erstmalig erscheinende »Adreßbuch der Kalender und Jahrbücher«, das der Presseverlag A. F. Dittbener in Berlin-Südende, einem langgeheulten Bedürfnis entsprechend, als Handbuch der Reklamedefer, Bibliothekare, Buchhändler, Schriftsteller, Volksbildungsvereine, Behörden, Annoncen-Expeditionen usw. vorbereitet. Er versendet auf Wunsch Fragebogen zur kostenfreien Eintragung und Vorzugsheine zur Vorausbestellung.

Die Rentenansprüche kinderreicher Kriegerwitwen. Die Versorgung der Witwen und Waisen der vor dem Feinde Gefallenen ist eine Ehrenpflicht des Reichs. Das eine Kriegerwitwe mit großer Kinderzahl nun hinsichtlich des Rentenbezuges nicht schlechter gestellt sein darf, als eine solche mit weniger Kindern, erscheint eigentlich selbstverständlich, ist aber erst jetzt durch eine Reichsgerichtsentscheidung gesetzlich festgelegt worden. Nach dem Militärhinterbliebenengesetz steht den Witwen und Waisen der vor dem Feinde Gefallenen die sogenannte große Kriegerversorgung ohne jede Einschränkung zu. Dasselbe Gesetz enthält aber eine weitere Bestimmung, nach welcher die Witwe einer infolge einer Dienstbeschädigung verstorbenen Militärperson zwar die gleiche Unterstützung zu beanspruchen hat, daß diese aber die Vollrente nicht übersteigen darf, die das Gesetz für diese letztere Kategorie (Dienstbeschädigte) festgesetzt hat. Diese Vollrente ist gleich dem Höchstenbetrag derjenigen Rente, welche der Mann bei seinen Lebzeiten erhalten haben würde und entspricht der Rente für eine Witwe mit vier Kindern. Sind mehr Kinder vorhanden, so würden diese unberücksichtigt bleiben. Der Militärfiskus steht nun auf dem Standpunkt, daß ein im Kriege Gefallener unter den infolge einer Dienstbeschädigung Verstorbenen rangiert, seine Witwe also, wenn sie z. B. sieben Kinder hat, nicht mehr erhält, als wenn sie deren nur vier hätte. Das Reichsgericht hat jetzt aber (Urt. v. 24. September 1918) in einem gegen den Militärfiskus von einer Kriegerwitwe anhängig gemachten Rechtsstreite dahin entschieden, daß Hinterbliebene im Kriege gefallener Soldaten stets die Beträge der sogenannten großen Kriegerversorgung zustehen sollen. Die Kriegerwitwe hat also Anspruch auf Witwengeld und auf Waisengeld für jedes ihrer Kinder, gleichgültig, wie groß die Zahl derselben ist. — Auf Grund der erwähnten Reichsgerichtsentscheidung sind der als Klägerin gegen den Militärfiskus auftretenden Witwe einschließlich ihrer 7 Kinder jährlich 1576 Mark Rente zugesprochen worden, während der Fiskus ihr nur 1072 Mark, also 504 Mark weniger zubilligen wollte. sk.

Wohnungsmisere. In Großenhain (Kgr. Sachsen), einer Stadt mit 13000 Einwohnern ohne ausgeprägte industrielle Entwicklung, ist die Wohnungsnot so groß geworden, daß die städtische Turnhalle durch Bretterverschlüsse in kleinere Abteilungen zerlegt werden mußte, die von obdachlosen Familien am 1. Oktober bezogen wurden. In den durch Bretterverschlüsse hergestellten Gassen sind Kohherde aufgestellt worden, während die Zentralheizung der Halle für die Räume benutzt wird. — Dem Mangel an Kleinwohnungen abzuhelfen genehmigten die Stadtverordneten von Mainz einen Betrag von 1130000 Mk. Es werden dafür 120 Kleinwohnungen aus je zwei und drei Zimmern, Küche und Zubehör errichtet. Außerdem werden Baracken erbaut werden, um Wohnungsnot und Obdachlosigkeit nach Beendigung des Krieges nicht aufkommen zu lassen.

Krieg und Wohnungswesen. Der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin-Schöneberg: Dr. Kuczynski sprach in einem Kursus der Zentralstelle für Volkswohlfahrt über: »Die gegenwärtigen Zustände im Wohnungswesen und ihre Rückwirkung auf die Allgemeinheit.« Wir haben, so führte er unter anderem aus, heute im Deutschen Reich eine Wohnungsnot, wie wir sie noch nie erlebt. Um sie zu heben müßten mindestens 750000 neue Wohnungen bis zum Ende des ersten Friedensjahres hergestellt sein. Das mag manchen überraschen, der an die Entwicklung unserer Geburten und Sterbefälle im Kriege denkt. Hatten wir doch in den letzten fünf Friedensjahren, das heißt vom 1. August 1909 bis zum 31. Juli 1914 bei 9382000 Geburten nur 5256000 Sterbefälle, also einen Geburtenüberschuß von 4126000, während wir für die fünf Jahre vom 1. August 1914 bis zum 31. Juli 1919, gleichviel wann der Friede geschlossen wird, nur mit 5 1/2 Millionen Geburten, und selbst wenn der Friede morgen geschlossen würde, mit rund 7 Millionen Sterbefällen, also mit einem Geburtendefizit von etwa 1 1/2 Millionen zu rechnen haben. Aber der Geburtenausfall übt zunächst keine Wirkung auf den Wohnungsmarkt. Diese Wirkung wird erst in späterer Zukunft eintreten. Wie unsere Schulen von 1922 ab nur noch den halben Nachwuchs haben werden, wie unserem Arbeitsmarkt von 1930 ab die jugendlichen Kräfte nur spärlicher zufließen können, so werden die Neubegründungen von Haushaltungen in zwanzig Jahren plötzlich zurückgehen. Kuczynski berechnet den Minderbedarf an Wohnungen infolge des Geburtenausfalls auf wenigstens 3/4 Millionen. Aber dieser Minderbedarf mit allen seinen Folgen für das Grundstücks- und Baugewerbe wird erst im zweiten Drittel unseres Jahrhunderts in die Erscheinung treten.

Vorschriften zum Schutze der Mieter hat die Kreishauptmannschaft Chemnitz erlassen. Danach können Wohnräume rechtmäßig nur mit vorheriger Zustimmung des Mieteinigungsamtes gekündigt werden, insbesondere wenn die Kündigung zum Zwecke der Mietsteigerung erfolgt. Ferner gilt danach ein ohne Kündigung abgelauenes Mietverhältnis als auf unbestimmte Zeit verlängert, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Einigungsamtes zu dem Ablauf des Mietverhältnisses eingeholt hat. — Solche Vorschriften sollten allgemein für das ganze Reich gelten.

Zur Entwicklung der Gewerkschaftstheorie.

I.

Unser Kollege Hermann Müller, der Verfasser unserer Verbandsgeschichte, veröffentlichte in der »Neuen Zeit«, der sozialdemokratischen wissenschaftlichen Zeitschrift, einen längeren Artikel, in dem er die oft seltsamen Wege, die die Theorie der Arbeiterbewegung weisen möchte, auf Grund der geschichtlichen Tatsachen aus der Gewerkschaftsbewegung, aufwühlte. Auch in heutigen Tagen, in denen theoretische Diskussionen nicht immer zum Vorteil der Bewegung mit großer Heftigkeit geführt werden, scheinen uns solche Rückblicke recht dankbar zu sein. Wir bringen daher die interessante Abhandlung zum Abdruck und empfehlen sie alseltiger Beachtung. Die Redaktion.

Zu den vielen sonderbaren Erscheinungen, die vor fünfzig Jahren in Deutschland die Errichtung von Gewerkschaften begleiteten, gehört auch, daß über den Zweck und die Aussichten der Gewerkschaftsbewegung nicht nur vielfach gestritten wurde, sondern daß auch in beinahe allen Lagern theoretische Übereinstimmung darüber herrschte, die Gewerkschaften seien eigentlich überflüssig. Wäre es nach den Theoretikern gegangen, dann hätten die Arbeiter in jener Zeit völlig darauf verzichtet, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Ebenso sonderbar erscheint heute, daß damals die Arbeiter der Frage, ob die Koalitionsverbote aufgehoben werden sollten oder nicht, geraume Zeit kühl bis ans Herz gegenüberstanden und in Preußen selbst dann noch keinen Finger rührten, als sich schon das Abgeordnetenhaus auf die Anträge der Fortschrittspartei hin mit der Beseitigung der Koalitionsverbote beschäftigte. Die Debatten, die sich an den am 4. März 1862 gestellten Antrag Faucher und Genossen über die Abänderung der Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 knüpften, gingen eindrucklos an ihnen vorüber. Auch der zweite Antrag Faucher und Genossen vom 30. April 1863 wurde von den Fortschrittlern eingebracht ohne jeden Druck von außen. Der Regierungsvertreter konnte damals in der Kommission darauf hinweisen, daß weder Regierung noch Landtag aus den Reihen der Arbeiter heraus Anregungen oder Petitionen erhalten hätten, in denen die Beseitigung der Koalitionsverbote gefordert worden sei. Es folgte dann zwar eine Petition der Berliner Buchdrucker, beschlossen am 22. März 1864, aber das blieb auch die einzige Anregung, und wahrscheinlich war selbst bei dieser ein Nichtarbeiter, Wilhelm Liebknecht, die treibende Kraft. Die darauf allmählich in Berlin einsetzende Bewegung der Arbeiter um das Koalitionsrecht wurde von außen in die Reihen der Arbeiter hineingetragen, und sie schlug ihre Wurzeln selbst dann, als die Arbeiter Berlins etwas wärmer wurden, kaum über Berlin hinaus. Es ist also nicht richtig, was so behauptet worden ist, daß die Fortschrittler, als sie am 31. Januar 1865 zum drittenmal mit dem Antrag an das Abgeordnetenhaus herantraten, von den Arbeitern

dazu gedrängt worden seien. Die Fortschrittler waren es, die die Arbeiter aufergütelt hatten, und selbst die Konservativen waren dabei nicht untätig geblieben.

Diese Passivität war keine spezielle Eigentümlichkeit der preußischen Arbeiter. In Sachsen, Baden und einigen thüringischen Staaten waren die Koalitionsverbote ebenfalls ohne jedes Zutun der Arbeiter gefallen, und die veränderte Rechtslage führte keineswegs dazu, daß nun zahlreiche neue Gewerkschaften entstanden. Trotzdem war in den Arbeiterbildungsvereinen schon ein Stück Arbeiterbewegung vorhanden; aber mißleitet durch die in den Vereinen eingerissene Professorenwirtschaft, kümmerten sich die wenigsten um die die Arbeiter direkt betreffenden Fragen. Es scheint als hätte sich der größte Teil von ihnen von Phrasen der Art einfangen lassen, wie sie der Referent auf dem ersten Vereinstag in Frankfurt a. M. 1863 zum besten gab. Er meinte, etwas anderes als der Unterschied in der Bildung und in den Kenntnissen scheidet die verschiedenen Schichten der Gesellschaft überhaupt nicht. Was konnte also zweckmäßiger sein, als sich möglichst rasch ein gerüttelt Maß voll Allgemeinbildung anzueignen? So stand es zwar nicht in allen Vereinen, doch selbst die geistig regsameren richteten ihr Augenmerk auf etwas anderes als das Koalitionsrecht. Es sei nur an die Beschlüsse der Berliner und Leipziger Bildungsvereine erinnert, die einen Deutschen Arbeiterkongreß verlangten, auf dem darüber debattiert werden sollte, ob eine Weltausstellung in Deutschland angebracht sei, und ob die Freizügigkeit und die Gewerbefreiheit erwünscht seien.

Dieses Verhalten hat natürlich seine Gründe. In fast allen deutschen Staaten war durch die vom Zunftgeist beherrschten Gewerbeordnungen das wirtschaftliche Leben noch sehr eingeeignet. Verschränkt wurde dieser Zustand durch die Einschränkung der Freizügigkeit, wobei armenrechtliche Gründe den Ausschlag gaben, und den Paßzwang, Ellenbogenraum, Bewegungsfreiheit verlangen daher das aufstrebende Bürgertum und mit ihm auch die Arbeiter. Das Ideal war das auf der Manchestertheorie beruhende freie Spiel der Kräfte. Das erklärt, wie auch der dritte Vereinstag der Arbeiterbildungsvereine 1865 in Stuttgart, der sich endlich erst mit dem Koalitionsrecht beschäftigte, dazu kam, das Koalitionsrecht für ein natürliches Recht zu erklären, das nicht irgendwie geschmälert werden dürfe. Doch empfahl er mehr als die Koalition die Gründung von Produktivgenossenschaften. Die Verkürzung der Arbeitszeit hielt er für die Arbeiter von großem Nutzen, weil ihnen dadurch die Erlangung der Bildung ermöglicht würde. Als Mittel zur Verkürzung der Arbeitszeit aber wurde die Einführung der Stückarbeit empfohlen, soweit sie nur möglich sei.

Auch die Fortschrittspartei ging von rein manchesterlichen Gründen aus, als sie die Aufhebung der Koalitionsverbote forderte. In der Begründung zu dem ersten Antrag im Jahre 1862 verlangte sie die Koalitionsfreiheit, weil »die Bestrafung der freiwilligen Verabredungen in bezug auf übereinstimmendes Verfahren beim Geben und Nehmen von Arbeit eine Verletzung der persönlichen Freiheit ist«. Daß sonst für die Arbeiter dabei etwas herauskäme, glaubte sie nicht, nur das versprach sie sich, daß die Koalitionsfreiheit die Arbeiter von dem Wahne befreien werde, daß der Unternehmer die Löhne willkürlich festsetze. Die Praxis werde den Arbeitern lehren, daß ihr Lohn volkswirtschaftlich auf ganz naturgemäße Weise durch Angebot und Nachfrage bestimmt werde. »Die Folgen versuchter Arbeitsstellungen«, heißt es in der Begründung, »sind die beste Abschreckung gegen die Wiederholung des Versuchs.«

Ebenso gab die Kommission, der 1865 der Antrag der Fortschrittler überwiesen wurde, in ihrem interessanten Bericht der Meinung Ausdruck, die Koalitionsfreiheit werde die Arbeiter belehren, daß sich der Lohn nicht willkürlich bestimmen lasse. Deshalb hoffte sie, das Koalitionsrecht und die darauf beruhenden Erfahrungen würden die Quelle verstopfen, aus der die kommunistischen Ideen hervorgingen, die auch meistens auf der Annahme beruhten, daß es bei der Festsetzung der Löhne willkürlich zugehe. Sie glaubte daher, das Koalitionsrecht werde weniger zu Arbeitseinstellungen als vielmehr zu Verhandlungen und Verständigung über Preise und Löhne, über längere und kürzere Arbeitszeit und sonstige Arbeitsbedingungen führen. Immerhin ging die Kommission doch insofern etwas weiter als die Fortschrittler im Jahre 1862, als sie das Koalitionsrecht als ein Mittel bezeichnete, das Selbstbewußtsein der arbeitenden Klasse und deren Selbsttätigkeit zu heben. Und das würde »den sozialen Frieden, der selbst zu den natürlichen Bedingungen der Prosperität der Arbeit und damit eines möglichst hohen Arbeitslohns gehört, auf sicherer Grundlage aufbauen als strafgesetzliche und polizeiliche Gebote und Verbote«. Schulze-Delitzsch, der im Abgeordnetenhaus zu der Vorlage sprach, glaubte zwar auch nicht an eine Änderung des wirtschaftlichen Naturgesetzes, wonach der Lohn durch das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften geregelt werde, aber er meinte, der Gang der Dinge in England beweise, wie allmählich mit der Erhöhung der Löhne eine Verkürzung der Arbeitszeit Hand

in Hand gehe. . . Meine Herren, wenn man die Koalitionsfreiheit hat, so kann man günstige Konjunktoren des Marktes seitens der Arbeiter benutzen und verwerten und dadurch etwas Gutes erreichen. . . Selbst die Konservativen gaben durch ihren Vorführer, den Justizrat Wagener, zu, die englischen Gewerkschaften hätten Dinge erreicht, die selbst die Regierung vergeblich angestrebt hätte, indem sie für die Beteiligten den Lohn mit den Prinzipalinen bestimmten und bei der Aufstellung von Maschinen mitwirkten, wobei sie deren Gefährlichkeit prüften. Daneben hielt Wagener für wertvoll, daß die Gewerkschaften, die man auch Fabrikarbeiter und Gesellenzünfte nennen könne, die Arbeitgeber verhinderten, Arbeiter zuzulassen, die ihr Gewerbe nicht vordränglich erlernt hätten.

Friedensangebot und Demobilisation.

Solange die Feinde nicht unbedingt ablehnend antworten, wollen wir an der Menschlichkeitshoffnung festhalten, daß der Friedenswille sich jetzt endlich siegreich durchsetzt. Gern wendet sich der Geist in dieser Pause der Erwartung den großen Problemen zu, die sich dann vor uns aufdrängen. Die Demobilisation des viele Millionen umfassenden Männerheeres an den Fronten, die allmähliche Abrüstung der Frauenarmeen der Arbeit und die Umstellung des ganzen Wirtschaftslebens von der Kriegsrüstung auf die Friedensarbeit, wären unter allen Umständen äußerst schwierige Aufgaben gewesen. Bisher konnte man aber annehmen, daß ihre Bewältigung dadurch erleichtert würde, daß noch auf längere Zeit starke deutsche Besatzungstruppen im feindlichen Gebiet bleiben würden, die nur allmählich abgelöst und zurückgezogen werden könnten. Heute ist das ganz unwahrscheinlich geworden; vielleicht werden Teile der besetzten Gebiete sogar noch vor dem endgültigen und formellen Abschluß des Krieges geräumt, vielleicht wird eine beschleunigte Demobilisation als Sicherstellung des Friedenszustandes durchgeführt. Zugleich stockt die gesamte Rüstungsindustrie, und wichtige Rohstoffe für die Friedensarbeit fehlen noch, Maschinen und Verkehrswesen sind noch in dem total abgenutzten Zustand, in dem mehr als vierjähriger Krieg sie versetzt hat.

Der Übergang vom Krieg zum Frieden bringt also wirtschaftlich eine äußerst kritische Zeit, die Millionen mit Arbeitslosigkeit und Hunger bedroht, die vernichtend auf alle Errungenschaften der Gewerkschaften werden könnte. Hier gilt es, beizeiten vorzubauen. Wenn die Antwort Willens auch nur irgendwelche Hoffnung auf Friedensschluß zuläßt, muß sofort der Generalplan der Demobilisation und Wiederaufnahme der Friedensarbeit fertig gestellt werden.

Dazu genügt nicht fleißige Arbeit in den Amtsstuben, sondern ist eine freie Erörterung aller einschlägigen Fragen in breiter Öffentlichkeit notwendig, damit jede wertvolle Anregung nutzbar gemacht werden kann. Eine freimütige Aussprache über die Tatsachen und Möglichkeiten der neu einzurichtenden Friedenswirtschaft entspricht der ungeheuren Schwierigkeit der Aufgabe.

Neue Wege zur Verbilligung der Produktion.

In jedem normalen Menschen lebt der Gedanke, was dieser Krieg verwüstet und zerstört hat, soll und muß wieder aufgebaut werden. Unser Wirtschaftsleben soll wieder zurückerobert werden. Nur über das Wie gehen die Meinungen auseinander. Dem oberflächlich denkenden Unternehmer schwebt dabei sofort der Gedanke der Unterbietung durch billige Preise vor, die durch denkbar niedrigste Löhne ausgeglichen werden sollen; ein Mittel, dessen Anwendung unser Steindruckgewerbe so glücklich fast ganz auf den Hund gebracht hat. Die Arbeiter denken mit Recht in erster Linie an eine Unterbietung durch Qualitätsarbeit und, soweit eine Verbilligung überhaupt angestrebt werden soll, an verbesserte Betriebsführung, bessere Maschinen und dergleichen mehr. Einen neuen, empfehlenswerten Weg zu diesem Ziele zeigt Julius Kaliski im »Korrespondenzblatt«.

Er berichtet über einen Aufsatz, den der Direktor der Berlin-Anhaltinischen Maschinenbau A.-G., **Herbert Peiser** im Septemberheft der »Preußischen Jahrbücher« gebracht hat. Peiser gelangt zu der Auffassung, Kartelle und ähnliche Organisationen seien wenig geeignet die neuen Probleme zu lösen.

Heute, betont er, handelt es sich nicht mehr, wie meist vor dem Kriege, lediglich darum, die gegenseitige Unterbietung auszuschalten und so den Prozentsatz des Gewinnes zu erhöhen, sondern darum, die Selbstkosten zu vermindern, um auf dem Weltmarkt überhaupt wieder Fuß fassen zu können. Heute wälzt eine Produktionsstufe immer ihre eigenen gesteigerten Selbstkosten auf die nächste Stufe ab, ungeachtet der Preissteigerung im Endprodukt. In gleicher Richtung wirken die Steuern, die, wie Kohlensteuer und Warenumsatzsteuer, sogar ausdrücklich abgewälzt werden sollen. Ein industrielles Aufblühen Deutschlands nach dem Kriege ist nur bei Wiederaufnahme des Exports möglich, zum Export aber gehören konkurrenz-

fähige Preise. Daher läßt sich die Preissteigerung der Erzeugnisse nicht ins Unendliche fortsetzen. Ein weites Feld für eine Betätigung in solcher Richtung bietet nach seiner Meinung nun die bisher völlig organisationslose Beschaffung von Rohstoffen und Rohmaterial durch die Industrie.

Zur Erreichung der von ihm aufgestellten Ziele empfiehlt er den **genossenschaftlichen Zusammenschluß der Industrie** zu Einkaufs- und später zu Produktions-Gemeinschaften. Betrachtet man zunächst den Handel, der von der Industrie lebt, so zeigt sich, wie Peiser hervorhebt, daß, je weiter man, von den Großbetrieben anfangend, der mittleren und kleinen Industrie sich nähert, desto größer auch die Anzahl derjenigen Betriebsmaterialien und Rohstoffe wird, bei deren Beschaffung das Einzelunternehmen auf den Handel angewiesen ist. Je umfassender andererseits das Industrieunternehmen, desto vielseitiger wiederum sind seine Bedürfnisse. Faßt man beispielsweise die Maschinen-Industrie ins Auge, so braucht man nur an die Menge der als **Unkostenmaterialien** bekannten Waren zu denken, wie: Öle, Fette, Chemikalien, Treibriemen, Borstenwaren, Transportgeräte, Wäsche, Papier, Drucksachen usw., um zu ermaßen, welchen Verbrauchsfaktor eine auch nur örtlich zusammengeschlossene Industrie darstellt. Im Anschluß hieran ist das weitere Gebiet zu betrachten, bei dem die entwickelteren Firmen unter Ausschaltung des Händlers direkt vom Erzeuger kaufen oder teilweise bereits eigene Fabrikation ausüben, wie: Schrauben, Nieten, Stahl, Werkzeuge, Werkzeugmaschinen; und schließlich das große Gebiet des Rohmaterials der Bleche, Stabeisen, Formeisen, Roheisen, Koks, Kohle usw.

Angenommen, sagt er zu weiteren Begründung, einige führende Firmen der Metallindustrie Groß-Berlins oder eines anderen industriellen Zentrums schließen sich in einer G. m. b. H. zusammen und erwerben zunächst eine Eisen- und Werkzeug-Großhandlung, die in gleicher Weise wie bisher völlig selbständig weitergeführt wird. Der Anreiz, bei der G. m. b. H. zu kaufen, soll darin liegen, daß wie bei Konsumgenossenschaften, der verteilbare Gewinn der G. m. b. H. am Jahresschluß nach dem Prozentsatz der Einkäufe, also nicht nach dem Prozentsatz des investierten Kapitals, verteilt wird. Erweist sich die G. m. b. H. auf dieser neuen Grundlage als lebensfähig, so wird darangegangen, eine Händlerfirma auf anderem Gebiete, beispielsweise eine Chemikalien-Großhandlung, aufzukaufen und deren Geschäfte dann auf gleicher Grundlage in Angliederung an die G. m. b. H. weiterzuführen. Im Anschluß hieran wird nun der wichtigste Schritt getan. Es wird Industrieunternehmen anheimgestellt, als Genossenschaftler der G. m. b. H. beizutreten. In gleicher Weise wäre dann ein Gebiet nach dem andern, das vorläufig dem Handel überlassen ist, zu erschließen. Aber auch auf den Gebieten, wo die Industrie bisher direkt vom Erzeuger zu kaufen gewohnt ist, kann die G. m. b. H. tätig sein. In diesem Fall tritt sie den Erzeugern als Einkaufsagent gegenüber mit dem sich aus der Geschlossenheit ergebenden überragenden Bedarf und vermittelt gegen eine kleine Einkaufsprovision die Einkäufe zu besonders günstigen Preisen. Aus dem großen, gleichmäßigen Bedarf ergibt sich weiter die Möglichkeit, kleinere Fabriken zu erwerben und zu betreiben.

Ohne Zweifel ist der Gedanke einer Anwendung des Genossenschaftsprinzips bei der Politik der Sammlung, die alle Zweige unseres Wirtschaftslebens aus Selbsterhaltungspflicht nach dem Kriege werden betätigen müssen, außerordentlich sympathisch und fruchtbringend. Aber nach dem Wunsch und Entwurf des Direktors Peiser wird für die Industrie nur eine Vereinfachung des Bezuges von Rohstoffen und anderen Materialien bewirkt, eine Verbilligung durch Ausschaltung überflüssiger Zwischenhändler beim Einkauf herbeigeführt. Das kann und wird in vielen Fällen sehr wertvoll sein, aber die Frage der Produktion selbst bleibt völlig unberührt, der Herstellungsprozeß als die Hauptquelle für eine Verbilligung der Gesteigungskosten würde dabei nach wie vor der Rationalisierung entbehren. Die Hauptsache fehlt also. Hier gilt es einzusetzen, und auf der Basis, die Peiser empfiehlt, weiterzubauen.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Nach dem Kriege.

Ein bewährter Verbandskollege, der auch schon seit Beginn des Krieges den feidtragenden Rook trägt, sendet uns nachfolgende Betrachtung, zu der er durch die deutschen Friedensbestrebungen veranlaßt wurde. Sagt er uns darin auch nicht durchweg Neues, so wollen wir sie lesen in dem freudigen Bewußtsein, daß selbst 4 Jahre des schaurigsten, grausigsten Krieges die kollegialen Empfindungen und gewerkschaftlichen Überzeugungen nicht todtricken können. *Die Redaktion.*

Wir marschieren schon weit ins fünfte Kriegsjahr hinein und hoffen immer wieder auf baldigen Frieden, der leider auch jetzt noch in weite Ferne gerückt zu sein scheint. Allein einmal muß der ersehnte holde Friede ja doch kommen und mit ihm völlig andere Verhältnisse als sie jetzt im Kriege sind. Dies wird auch für das Steindruck-

gewerbe zutreffen. Wie der Friede sein wird und wie sich demgemäß die Verhältnisse gestalten werden, das mit nur einiger Sicherheit vorauszusagen, vermag kein Sterblicher. Man kann sich nur in Vermutungen ergen, aufgebaut auf Schlüssen, die sich aus den Verhältnissen, wie sie in der Kriegszeit geworden sind, ergeben. Daß alle diese Schlußfolgerungen durch irgendwelche nicht voraussehbare Ereignisse über den Haufen geworfen werden können, liegt auf der Hand; der Krieg hat uns auch in dieser Beziehung allerlei gelehrt. Wer hätte beispielsweise gedacht, daß aus dem halbbarbarischen Rußland mit seiner fast noch absoluten Autokratie so schnell eine moderne sozialistische Republik werden konnte, die alles von Grund auf im sozialistischen Sinne umzuwälzen bestrebt ist: (Ob sie Bestand haben wird, muß allerdings abgewartet werden). Wilhelm Busch, der so viele Lebenswahrheiten in heitere und lebenswürdige Verse zu kleiden verstanden hat, hat einmal gesagt: »Meistenteils und überhaupt kommt es anders als man glaubt!« Das ist wirklich so, schon im gewöhnlichen Leben und im Kriege noch viel mehr.

Es ist also gewissermaßen ein gewagtes Stück, heute schon über unseren Beruf nach dem Kriege zu reden, und doch nicht zwecklos; denn es soll die Geister aufrütteln, an ihre Zukunft zu denken und sich nicht von den Verhältnissen überraschen zu lassen. Kommt es dann wesentlich anders, als menschliche Voraussicht es heute ausdenken vermag, so wird man sich eher mit den sich ergebenden Verhältnissen auseinandersetzen können, als wenn man sich vorher überhaupt nichts überlegt hat.

Wenn der Friede kommt, so werden sich die menschlichen Bedürfnisse — das ist als totsicher anzunehmen — in erster Linie auf die Lebensnotwendigkeiten richten, als das sind Nahrung, Kleidung, Wohnung. Wie es mit der Nahrung steht, darüber ist kein Wort zu verlieren. Den erbärmlichen Ernährungszustand des Volkes zu heben, muß die erste Aufgabe aller maßgebenden Kreise sein. Die Kleidung der meisten Menschen ist in der langen Kriegszeit aufgebraucht worden und bedarf des Ersatzes. Über die Wohnungsnot wird schon heute geklagt, soweit es sich um Kleinwohnungen handelt. Wie wird sich das erst nach dem Kriege gestalten, wenn Tausende von kriegsgetrauten Paaren, die heute keinen eigenen Hausstand führen, einen solchen gründen wollen. Die Nachfrage nach Wohnungen und Möbeln wird hochflutartig steigen. Ähnlich wird es auf anderen Gebieten sein; ich erinnere beispielsweise, in wieweit verfallenen Zustände unser Eisenbahnmaterial sich befindet. Dies schreit geradezu nach Erneuerung. Auf diesen Gebieten, mit Ausnahme der Kleidung, sind wir auch hinsichtlich der Rohstoffe ziemlich unabhängig von ausländischer Zufuhr. Daher wird infolge der sicher eintretenden großen Nachfrage nach Gegenständen der Lebensnotwendigkeit schon sehr bald nach dem Kriege eine rege Geschäftsbilute eintreten.

Andererseits wird man wegen der immer noch geringen Kaufkraft des Geldes für Luxus nicht viel übrig haben, wenigstens die breite Masse des Volkes nicht, und auf die kommt es an. Auch das Bedürfnis nach Reklame wird zunächst nicht groß sein; denn die Gegenstände, die erzeugt werden, sind lebensnotwendig, jeder fast hat Bedarf danach, also erbringt sich eine auffällige Anpreisung. Es kommt hinzu, daß der Staat Monopole einführen wird und sich bei seinen Warenleistungen der größten Sparsamkeit an Drucksachen befleißigen wird. Ein gewisser Bedarf an Erzeugnissen unseres Gewerbes wird trotzdem vorhanden sein; aber selbst dann, wenn er wider Erwarten größer sein sollte als man jetzt annehmen darf, so wird seine Befriedigung an der fürs erste noch herrschenden Papier- und sonstigen Materialknappheit voraussichtlich scheitern.

Für unser Druckereigewerbe sind das sicher keine rosigen Aussichten. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß im allgemeinen viele der besten Arbeitskräfte durch den Krieg verloren gegangen sind, entweder ganz verschwinden oder so minderwertig geworden sind, daß sie zu ausgiebiger Arbeit oder zur Ausübung bestimmter Gewerbe nicht mehr taugen. Möglich ist es immerhin, daß ein größerer Teil der Kollegen, die seinerzeit gezwungenermaßen durch die kopflose Stillelegung vieler Betriebe zu Beginn des Krieges dem Gewerbe den Rücken kehrten, um andere Beschäftigung zu nehmen, nicht mehr zum Berufe zurückkehren werden, da sie in ihrem neuen Erwerbe sich besser stehen. An der Einsicht der Prinzipale wird es liegen, hier Wandel zu schaffen. Ob diese Einsicht kommen wird, werden wir abzuwarten haben.

Ähnlich liegt es mit dem Lehrlingswesen. Die Lehrlingszahl hat abgenommen während der Kriegszeit und es ist zum mindesten sehr zweifelhaft, ob gleich nach Friedensschluß ein stärkerer Zustrom von jungen Leuten eintreten wird.

Wir werden aber immerhin für die erste Zeit mit einer ziemlich großen Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, wenn sie auch vielleicht nicht so groß sein wird, als mancher denkt. Id: glaube nicht im entferntesten daran, daß sie den Stand erreichen wird wie die erste Zeit nach Ausbruch des Krieges. Und die Arbeitslosigkeit wird vermutlich bald abnehmen; ein gewisser Prozentsatz Arbeitsloser wird stets dann wieder vorhanden sein. Je nachdem dieser höher oder niedriger ist, wird das Unter-

nehmerium mehr oder minder stark versuchen, die Löhne zu drücken. Schon heute vernimmt man Stimmen aus dem Unternehmerlager, die darauf abzielen, die hohen Arbeiterlöhne abzubauen, wohlgerne Löhne, die der enormen Teuerung entsprechend nicht weniger als hoch sind und in unserem Gewerbe schon garnicht. Daß der Versuch des Lohndruckes gemacht werden wird, ist unter allen Umständen zu erwarten, das liegt eben in der kapitalistischen Wirtschaftsweise begründet.

Dem entgegenzuwirken gibt es nur ein Mittel, das allbekannt, so tausendfach genannte: festester Zusammenschluß im Verband! Nur durch ihn können die schlimmsten Folgen abgewendet oder gemildert werden. Jeder einzelne, der von der Front heimkehrt oder sonst den grauen Rock auszieht, zurück in den Verband oder hinein in ihn, wenn er ihm noch nicht angehört hat! Kleinliche Nörgeleien bei Seite lassen! Und nicht grollend an das erinnern, was bei Kriegsausbruch war und etwa nun eine Haupt- und Staatsaktion daraus machen und sagen, der Verband habe damals versagt. Gewiß ich gebe zu, manches hätte vielleicht anders sein können, wenn manches anders war. Ich gehörte auch zu jenen, die mit mandem, was damals beschlossen wurde und auch mit mandem, was man später tat, nicht zufrieden waren, trotzdem ich in der glücklichen Lage war, den Verband nicht in Anspruch nehmen zu brauchen. Aber ich habe mich inzwischen nach reiflicher Überlegung damit abgefunden und bin jetzt der Meinung, daß es nach Lage aller Dinge doch wohl das beste war, so zu handeln, wie es geschehen ist. Bedenkt, Kollegen, daß wir zu Beginn des Krieges durch die vorher geführten großen Kämpfe arm wie Kirchenmäuse waren und daß es für die leitenden Personen wahrlich keine Kleinigkeit war, das Schiff des Verbandes durch die Klippen des Krieges hindurch zu steuern, ohne auf Grund zu laufen. Diese gefährlichen Klippen haben wir hinter uns; aber es können neue kommen, und sie werden kommen, deswegen muß es nach dem Kriege heißen: Alle Mann an Bord!

Die Berliner Kollegen haben sich vor kurzem energisch für eine nach dem Kriege zu schaffende Tarifgemeinschaft eingesetzt und diese als eine zwingende Notwendigkeit bezeichnet. Auf diesem Standpunkt stehe ich auch. Nur mache ich dabei eine Einschränkung: Nicht übereilen, sondern ruhig abwarten, wie sich die Dinge gestalten werden, denn wohlgerne eine Tarifgemeinschaft abschließen heißt: Arbeitsverhältnisse auf eine längere Dauer festlegen. Und es wäre Torheit, wollte man das zu einer Zeit machen, in welcher man den Gang der Entwicklung garnicht mit Sicherheit überblicken kann, wie es die Zeit unmittelbar nach dem Kriege zweifellos sein wird. Deshalb in Ruhe abwarten bis zu gelegener Zeit. Daß die Tarifgemeinschaft auch in unserem Gewerbe kommt, das bin ich sicher, daran ändern auch zehn tarifgegnerische Schutzverbände nichts. Und wenn sie nicht anders kommt, dann durch gesetzlichen Zwang.

Wie sich die technische Entwicklung nach dem Kriege gestalten wird, ist noch weniger mit einiger Sicherheit vorauszusagen. Sie wird abhängig sein von der Nachfrage nach den Produkten, von der Lage des Arbeitsmarktes und vielleicht auch in etwas von der Moderation. Still steht die tech-

nische Entwicklung nie; nur ihre Schnelligkeit ist verschieden und von vielen Umständen abhängig. In unserem Berufe pflegt sie nicht mit solchen Riesenschritten vorzuschieben als in anderen Gewerben, die mehr für die Notwendigkeiten des Lebens arbeiten als für den Luxus. Und das wird auch nach dem Kriege so bleiben.

Und nun noch etwas, das nicht allein die Stein-drucker angeht, sondern alle Verbandsmitglieder. Das ist: Keinen Parteihader in die Gewerkschaft tragen, selbst wenn im Frieden die sozialdemokratische Partei gespalten bleiben sollte. Der Hader, der die Arbeiter zerklüftet, ist immer eine böse Sache und zu ihrem Schaden und nur zum Nutzen der Unternehmer. Schlimmer aber wäre es, ein Krebsgeschwür geradezu, wenn man auch in den Gewerkschaften den parteipolitischen Richtungsstreit betätigen wollte. Das könnte leicht zur Spaltung innerhalb der Gewerkschaften selbst führen und was das für den gewerkschaftlichen Kampf bedeuten würde, darüber wird sich wohl jeder klar sein. ab.

Ausgaben im Arbeiterhaushalt.

Man schreibt uns: Zu dem jetzt so beliebten Thema der hohen Arbeiterlöhne möchte ich einen kleinen Beitrag liefern, der für die Öffentlichkeit vielleicht nicht ganz ohne Interesse ist. Der Arbeitslohn muß bekanntlich nicht nur dazu dienen, den Arbeiter selbst notdürftig am Leben zu erhalten, sondern er soll alles, was zur Erhaltung und Kleidung der Familie, was zur Aufzucht der Kinder notwendig ist, herbeischaffen helfen. Nun hat von jeher der Arbeitslohn, wenn überhaupt, nur so weit notdürftig hingereicht, als das Leben in der Arbeiterfamilie seinen normalen Gang ging. Dagegen brachte Arbeitslosigkeit oder Krankheit nur zu häufig den Haushaltset vollkommen aus dem Gleise. Es ist daher verständlich, daß die Arbeiter-schaft ihre Haupt Sorge darauf richtete, für solche Wechselfälle des Lebens sich einigermaßen ausreichende Sicherungen zu schaffen. Verständlich daher die Vorliebe der Arbeiter für Kranken-, Sterbe-, Invaliden- und andere Versicherungen, begreiflich die leidenschaftliche Forderung nach Arbeitslosenunterstützung.

Arbeitslosigkeit, Geburt, Krankheit oder Todesfall bringen in der Tat die Lebenshaltung der ganzen Arbeiterfamilie in Gefahr. Und noch ein Ereignis gibt es in der Arbeiterfamilie, das nicht minder schwer ihre Lebenshaltung zu beeinflussen droht. Es ist die Schulentlassung des Kindes. Doch auch dagegen hatten sich ja die Arbeiter in der Friedenszeit vielfach versichert; nur hat durch die wirtschaftlichen Folgen des Krieges die Sache ein durchaus anderes Gesicht erhalten, trotz der hohen Löhne.

Vor mir liegt die Berechnung über die Ausgaben, die mir die Schulentlassung meines Sohnes verursacht. Das am schwersten zu beschaffende Kleidungsstück war der Anzug. Wohl wäre er im Laden einiges billiger geworden; aber mir graute nicht nur vor dem Kriegsstoff, sondern vielleicht nicht minder stark vor der Summe, die ich dann neben den anderen Ausgaben sofort bar auf den Tisch hätte legen müssen. So zog ich lieber einen Maßschneider zu Rate, der mir auch

bereitwilligst Teilzahlung gewährte. Alle anderen Kleidungsstücke sind im Laden mit und ohne Bezugschein gekauft worden. Ich habe mir aber daneben noch eine kleine Berechnung angestellt über die Preise, die dieselben Gegenstände im allgemeinen in der Friedenszeit gekostet hätten oder wie sie in Arbeiterkreisen für derartige Aufwendungen üblich waren. Bei dieser Gegenüberstellung ergibt sich nun folgendes Bild:

| | Heutiger Preis | Friedenspreis |
|--------------------------|----------------|---------------|
| Hut | 25,- M. | 3,- M. |
| Anzug | 250,- " | 30,- " |
| Stiefel (mit Holzsohlen) | 16,50 " | 10,- " |
| 2 Vorhemden | 10,- " | 2,- " |
| 2 Hemden | 60,- " | 6,- " |
| Schlips | 4,50 " | 0,60 " |
| Hosenträger | 5,- " | 1,50 " |
| 3 Taschentücher | 5,- " | 1,50 " |
| | 376,- M. | 54,60 M. |

Man wird ohne weiteres zugeben, daß die Anschaffungen der Friedenszeit für diesen Tag, nach der Zahl der Gegenstände, im allgemeinen erheblich über die hier aufgeführte Anzahl hinausging, daß vielfach wirklich eine Ausstattung, die für Jahre reichte, zu diesem Zeitpunkt angeschafft wurde. Davon kann heute einfach keine Rede sein. Aber ich hatte ja meinen Sohn bald nach der Geburt in eine sogenannte Kinderversicherung eingekauft. Die mir von der Gesellschaft vor kurzem ausgezahlte Summe betrug nun 175 Mk. Davon hätte ich für die Ausstattung meines Sohnes zur Schulentlassung nach oben wiedergegebenen Rechnung 54,60 Mk. abzugeben gehabt; es wären mir dann noch 120,40 k. geblieben. Nehmen wir an, ich hätte für meine gehende Ausstattung noch einen Werktagsanzug für 25 Mk. und Wäsche und dergleichen in der selben Werthhöhe angeschafft, auch dann blieben mir noch 75 Mk. übrig. Die wären nach der herkömmlichen Sitte in Arbeiterkreisen zum Teil zu einer häuslichen Feier verwendet worden. Nurein Teil davon. Denn hätte man den ganzen Betrag verwenden wollen, so hätte gradezu ein kleines Schlaraffenland von Kuchen, Wurst und ähnlichen Lebensmitteln dafür angeschafft werden können.

Wie sieht es nun heute dagegen aus? Die von der Versicherungsgesellschaft ausgezahlte Summe hat sich gegenüber der Friedenszeit um einige Groschen verringert; die auf das allerbedeudenste verringerten Ausgaben aber betragen 376 Mk. So bleibt ein anderweitig zu tilgender Rest von 201 Mk. um ihn zu decken nehme ich den Betrag einer Monatsrente, die mir als Kriegsbeschädigter zusteht, von 69 Mk. Für die dann noch fehlenden 130 Mk. muß ich, da mein Wochenverdienst mit Einschluß aller Teuerungszulagen nur 70 Mk. beträgt, noch ungefähr 2 Wochen arbeiten. Für die ganze Summe von 376 Mk. muß ich heute 5 Woden und 2 1/2 Tage arbeiten. Im Frieden dagegen hatte ich einen Lohn von nur 40 Mk., dem ein Ausgabeposten von 54,60 Mk. gegenüberstand. Ihn zu verdienen hätte mir nur 1 Woche und reichlich 2 Tage Arbeit gekostet. In diesen Zahlen zeigt sich die ganze Unsinnigkeit der Rederei von den hohen Kriegslöhnen. Am Festtage selber dürfen wir uns dann mit Brot- und Lebensmittelkarten den - Mund wischen.

Stellenangebote

Tüchtige
**Farbätzer, 1 Auto-
ätzer, 1 Kopierer u.
1 Farbdrucker**
suchen in dauernde Stellung
Zerreib & Co., Graphische Kunstanstalt,
Nürnberg.

Reproduktionsphotograph
für Auto und Strich per sofort oder später in
Dauerstellung gesucht; auch Kriegsbeschädigter
H. S. Hermann, Berlin S. W. 19,
Beuthstr. 8.

In Dauerstellung tüchtiger
Reproduktionsphotograph
für Autotypie, sowie ferner ein
Strichätzer
gesucht.
F. Guhl & Co., Frankfurt a. M.,
Ludwigsstraße 31

**Tücht. Umdrucker
u. Maschinenmeister**
für Flachdruckpresse zum baldigen Eintritt suchen
EDLER & KRISCHE, Hannover.

Verschiedenes

Graphische Fachklassen
Enwurf und Werkstatt-Ausbildung
Auskünfte durch die
Kunstgewerbeschule **Barmen**

**Der praktische
Umdrucker**
von Bernhard Enders.
Inkl. Porto 85 Pfg.
Conrad Müller, Sckkeuditz.

**Schwarzätzer
Farbätzer
Andrucker
Kupferdrucker**

suchen
für sofort in dauernde Stellung
Meisenbach Riffarth &
Co., Berlin-Schöneberg,
Hauptstraße 8

**Schnuhr's
flüssiges Steingummi**
bietet vollen Ersatz für echtes Gummi arabicum, zum Präparieren von Litho-
graphie-Steinen, Zink- und Aluminium-Platten Anwendung und Wirkung ohne Unter-
schied gegenüber Naturgummi. Die Ware ist ausprobiert gut, wofür Zeugnisse zu
zu Diensten stehen Per Kilo Mark 7,50.
H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49,
Chemisch-technische Druckpräparate.

Wir suchen für unseren Zeitzer Betrieb zum möglichst
sofortigen Antritt
**1 Flachdruck-Maschinenmeister,
1 Offset-Maschinenmeister,**
beide möglichst bewandert im Druck von Falschachten.
Bewerbungen mit lückenlosen Zeugnisabschriften, Gehaltsangabe und genauer
Auskunft über Miltärverhältnis erbiten
**Wezel & Naumann A.-G.,
Leipzig-R.**

**Schnell-Trockenmittel „Extrakt“
„Betromit“**
patentamtlich geschützt. patentamtlich geschützt.
ein kleiner Zusatz von 1-4 Prozent genügt, um Druckfarben in etwa 2 Stunden zum
Trocknen zu bringen. „Betromit“ bildet selbst bei langsamstem Verbrauch keine Haut,
trocknet nicht ein, daher kein Verlust, ist sehr sparsam im Gebrauch. Von ersten Fir-
men glänzend beurteilt und regelmäßig nachbestellt. Großer Versand nach In- und Aus-
land. Viele Anerkennungs-schreiben liegen vor. Per Kilo Mark 12,50.
H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstr. 49, Fabrik chem.-techn. Druckpräparate.